

NSU im Staat

Ein Ruf an Staat und Bürgerschaft

kopieren, herunterladen, weitergeben:
<http://www.die-anstifter.de/?s=ruf>

Drei Jahre nach dem Aufliegen der Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) stellen wir fest: Rechtsextremes Denken und Handeln ist tief im Staat und in der Mitte unserer Gesellschaft verankert. Uns allen fehlte es über Jahre an der notwendigen Empathie, um den rassistischen Hintergrund bei den Taten des NSU wahrzunehmen. Wir können alle Opfer unserer eigenen Vorurteile werden.

Die Untersuchungsausschüsse des Bundestages und einiger Landtage haben die Vorurteile in Polizei, Justiz und Geheimdiensten und ihre Untätigkeit gegen Rechts bis hin zu deren Unterstützung offen gelegt. Dennoch reagieren Parlamente und Regierungen auch drei Jahre nach der Entdeckung des NSU kaum oder unangemessen auf diese Tatbestände.

Der in politischen Sonntagsreden von der Zivilgesellschaft abverlangte Widerstand gegen Intoleranz und Menschenfeindlichkeit wird häufig durch staatliche Sanktionen behindert. Einzelne und Gruppen, die sich Neonazis entgegenstellen, werden kriminalisiert. Das Grundgesetz wird also missachtet. Der Gleichheits- und der Antidiskriminierungsgrundsatz und das Grundrecht der Versammlungsfreiheit sind akut bedroht.

Deshalb nehmen wir als Teil der Zivilgesellschaft unsere Verantwortung für den Schutz der Verfassung wahr und fordern:

Stärkung der Zivilgesellschaft

- Die Stärkung zivilgesellschaftlich engagierter Bürgerinnen und Bürger und Initiativen gegen Rechtsextremismus und alle Formen von Menschenfeindlichkeit
- Die Einrichtung und Förderung unabhängiger Beratungs- und Anlaufstellen für die Opfer rechter Gewalt
- Eine fundierte Aufklärung über die Gefahren von Rechtsextremismus für alle Altersgruppen und in allen gesellschaftlichen Bereichen, besonders
- die Aufklärung über Rechtsextremismus an allen Bildungseinrichtungen durch Fachleute der Zivilgesellschaft: Der Verfassungsschutz muss draußen bleiben!
- Integration der Themen Rechtsextremismus und Rassismus in der pädagogischen Ausbildung

Aufklärung im Bund und in Baden-Württemberg

- Einrichtung einer außerparlamentarischen Untersuchungskommission mit Ermittlungsbefugnissen auf Bundesebene nach britischem Vorbild
- Erstellung einer aktuellen Studie über Rechtsextremismus sowie über rechtsextreme Einstellungen und Tendenzen bei allen Sicherheitsbehörden
- Untersuchung der neonazistischen Netzwerke sowie der braunen Traditionen und Haltungen in allen staatlichen und Sicherheitsbehörden
- Zivilgesellschaftliche Begleitung des NSU-Untersuchungsausschusses in Baden-Württemberg nach dem Vorbild von NSU-Watch mit freiem Zugang zu allen Informationen und Akten für die Herstellung von Transparenz
- Aufklärung der festgestellten Blockade des Innen- und Justizministeriums bei den bisherigen Versuchen der Aufklärung durch den NSU-Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg

Kontrolle von Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten

- Abschaffung des Verfassungsschutzes und aller V-Leute, auch der von der Polizei und anderer Sicherheitsbehörden geführten
- Gesetzlicher Schutz von Whistleblowern – insbesondere aus den Reihen der Sicherheitsbehörden
- Ungehindertes Demonstrationsrecht
- Kennzeichnungspflicht aller Polizistinnen und Polizisten

Verabschiedet von den Teilnehmenden der »Bürgerschaftlichen Konferenz NSU im Staat« am 8.11.2014 in Stuttgart. Veranstalter der Konferenz waren

Die AnStifter - Bürgerprojekte gegen Gewalt und Vergessen - die Internationale Liga für Menschenrechte und die Neue Richtervereinigung

www.die-anstifter.de // www.neuerichter.de // www.ilmr.de

Die AnStifter

Werastraße 10, D 70182 Stuttgart
0711 248 69 621, kontakt@die-anstifter.de

AnStifter-Konto: 7000582701, GLS-Bank, BLZ: 430 609 67
Wir danken für Ihre Unterstützung (Kennwort: Ruf)
IBAN: DE31 430609677000582701 - BIC GENODEM1GLS



NSU im Staat

Ein Ruf an Staat und Bürgerschaft

Drei Jahre nach dem Auffliegen der Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) stellen wir fest: Rechtsextremes Denken und Handeln ist tief im Staat und in der Mitte unserer Gesellschaft verankert. Uns allen fehlte es über Jahre an der notwendigen Empathie, um den rassistischen Hintergrund bei den Taten des NSU wahrzunehmen. Wir können alle Opfer unserer eigenen Vorurteile werden.

Die Untersuchungsausschüsse des Bundestages und einiger Landtage haben die Vorurteile in Polizei, Justiz und Geheimdiensten und ihre Untätigkeit gegen Rechts bis hin zu deren Unterstützung offen gelegt. Dennoch reagieren Parlamente und Regierungen auch drei Jahre nach der Entdeckung des NSU kaum oder unangemessen auf diese Tatbestände.

Der in politischen Sonntagsreden von der Zivilgesellschaft abverlangte Widerstand gegen Intoleranz und Menschenfeindlichkeit wird häufig durch staatliche Sanktionen behindert. Einzelne und Gruppen, die sich Neonazis entgegenstellen, werden kriminalisiert. Das Grundgesetz wird also missachtet. Der Gleichheits- und der Antidiskriminierungsgrundsatz und das Grundrecht der Versammlungsfreiheit sind akut bedroht.

Deshalb nehmen wir als Teil der Zivilgesellschaft unsere Verantwortung für den Schutz der Verfassung wahr und fordern:

Stärkung der Zivilgesellschaft

- Die Stärkung zivilgesellschaftlich engagierter Bürgerinnen und Bürger und Initiativen gegen Rechtsextremismus und alle Formen von Menschenfeindlichkeit
- Die Einrichtung und Förderung unabhängiger Beratungs- und Anlaufstellen für die Opfer rechter Gewalt
- Eine fundierte Aufklärung über die Gefahren von Rechtsextremismus für alle Altersgruppen und in allen gesellschaftlichen Bereichen, besonders
- die Aufklärung über Rechtsextremismus an allen Bildungseinrichtungen durch Fachleute der Zivilgesellschaft: Der Verfassungsschutz muss draußen bleiben!
- Integration der Themen Rechtsextremismus und Rassismus in der pädagogischen Ausbildung

Aufklärung im Bund und in Baden-Württemberg

- Einrichtung einer außerparlamentarischen Untersuchungskommission mit Ermittlungsbefugnissen auf Bundesebene nach britischem Vorbild
- Erstellung einer aktuellen Studie über Rechtsextremismus sowie über rechtsextreme Einstellungen und Tendenzen bei allen Sicherheitsbehörden
- Untersuchung der neonazistischen Netzwerke sowie der braunen Traditionen und Haltungen in allen staatlichen und Sicherheitsbehörden
- Zivilgesellschaftliche Begleitung des NSU-Untersuchungsausschusses in Baden-Württemberg nach dem Vorbild von NSU-Watch mit freiem Zugang zu allen Informationen und Akten für die Herstellung von Transparenz
- Aufklärung der festgestellten Blockade des Innen- und Justizministeriums bei den bisherigen Versuchen der Aufklärung durch den NSU-Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg

Kontrolle von Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten

- Abschaffung des Verfassungsschutzes und aller V-Leute, auch der von der Polizei und anderer Sicherheitsbehörden geführten
- Gesetzlicher Schutz von Whistleblowern – insbesondere aus den Reihen der Sicherheitsbehörden
- Ungehindertes Demonstrationsrecht
- Kennzeichnungspflicht aller Polizistinnen und Polizisten

Verabschiedet von den Teilnehmenden der »Bürgerschaftlichen Konferenz NSU im Staat« am 8.11.2014 in Stuttgart. Veranstalter der Konferenz waren

Die AnStifter - Bürgerprojekte gegen Gewalt und Vergessen - die Internationale Liga für Menschenrechte und die Neue Richtervereinigung

www.die-anstifter.de // www.neuerichter.de // www.ilmr.de

kopieren, herunterladen, weitergeben: <http://www.die-anstifter.de/?s=ruf>



Die AnStifter

Werastraße 10, D 70182 Stuttgart
0711 248 69 621, kontakt@die-anstifter.de

AnStifter-Konto: 7000582701, GLS-Bank, BLZ: 430 609 67
Wir danken für Ihre Unterstützung (Kennwort: Ruf)
IBAN: DE31430609677000582701 – BIC GENODEM1GLS